

**Antrag¹
der Fraktionen der SPD, FDP und CDU**

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4996 –

**Alternative Güterverkehrsstrecke zum Mittelrheintal angehen – Bürgerinnen
und Bürger dauerhaft vom Bahnlärm entlasten**

Der Landtag stellt fest:

Die Lärmbelastung durch den Schienengüterverkehr im Mittelrheintal ist bereits jetzt schon sehr hoch. Die Lebensqualität der Menschen wird zum Teil erheblich durch den Güterverkehr auf der Schiene beeinträchtigt. Durch den anstehenden Ausbau der Schienengüterverkehrsverbindung von Genua nach Rotterdam bzw. Antwerpen wird die Zahl der auf der Schiene transportierten Güter, die dann auch durch das Mittelrheintal rollen werden, nochmals deutlich ansteigen. Wegen der schon jetzt sehr weitgehend erschöpften Kapazität der Bahnstrecke im Mittelrheintal droht eine weitere Verdichtung der Zugfolgen mit technischer Aufrüstung der Trasse, die auch empfindliche Folgen für den Schienenpersonenverkehr haben wird. Es gilt deshalb einerseits die Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal vor dem zunehmenden Bahnlärm nachhaltig zu schützen und andererseits ein leistungsfähiges Schienengüterverkehrsnetz in Europa zu sichern und voranzutreiben.

Dazu sind insbesondere zwei Hauptansätze nachdrücklich zu verfolgen: Zum einen ist für eine nachhaltige Entlastung des Rheintals der Bau einer alternativen Güterverkehrsstrecke unabdingbare Voraussetzung.

Es muss zum anderen schnell ein wirtschaftliches Anreizsystem zur Umrüstung veralteter Bremssysteme an Güterwaggons geschaffen werden, damit insbesondere ein schneller und effektiver Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal erreicht wird. Rheinland-Pfalz hatte im Bundesrat einen entsprechenden Verordnungsentwurf zum Schutz vor Güterverkehrslärm eingebracht, der einen lärmabhängigen Trassenpreis und eine Bonusregelung für lärmgeminderte Güterwagen im Bestand vorsieht und mit breiter Mehrheit im Bundesrat angenommen wurde. Das Verfahren liegt nun beim Bund. Dieser und die Deutsche Bahn sind nun aufgefordert, mehr Geld für Lärmschutzmaßnahmen zu investieren und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen zu beschleunigen.

Darüber hinaus muss der Einsatz innovativer Lärmschutztechniken vorangetrieben werden. In diesem Bereich gibt es für die bisher realisierten Techniken eine Erprobungszulassung des Eisenbahn-Bundesamtes. Andere Maßnahmen, zum Beispiel niedrige Lärmschutzwände, wurden seitens des Eisenbahn-Bundesamtes noch nicht zugelassen.

Die Verkehrs- und Umweltminister von Rheinland-Pfalz und Hessen hatten sich zudem im Februar 2010 mit dem gemeinsamen "10-Punkte-Programm Leises Rheintal" an die Bundesregierung gewandt und einen wirksamen Lärm- und Erschütterungsschutz für die Bevölkerung im Mittelrheintal eingefordert.

¹ Der Antrag ersetzt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/5246.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich beim Bund und Bahn mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass diese eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich möglicher neuer Schienengüterverkehrstrassen und der Umleitung des Güterfernverkehrs über andere bestehende Bahntrassen sowie deren Ertüchtigung erstellen;

2. dass der Bund und die Bahn kurz- und mittelfristig lärmindernde Maßnahmen (z. B. die Umrüstung der Waggons auf die wesentlich leiseren K- bzw. L-Sohlen, lärmindernde Maßnahmen an den Gleisen und am Gleisbett, Einführung lärmabhängiger Trassenpreise sowie weiterer passiver Lärmschutz) beschleunigt umsetzen.

Für die Fraktionen der SPD:

Für die Fraktion der CDU:

Für die Fraktion der FDP: